

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Nicole Maisch, Özcan Mutlu, Harald Ebner,
Friedrich Ostendorff und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Forderung von Bundesminister Schmidt nach einem eigenen Schulfach Ernährung

Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, fordert seit Herbst 2015 ein eigenes Schulfach Ernährung (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2015/187-SC-TageDerSchulverpflegung.html). Seit Anfang Dezember 2015 appelliert der Bundesminister auch an die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder, da diese für die Einrichtung eines eigenen Schulfaches zuständig wären. Ein entsprechender Brief des Bundesministers liegt der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth, vor (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/unterricht-zu-gesundheit-und-ernaehrung-minister-schmidt-fordert-schulfach-ernaehrung/12661860.html). Die Ökotrophologinnen Prof. Dr. Ines Heindl und Prof. Dr. Barbara Methfessel, die im Jahr 2015 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Niklas-Medaille für ihren Einsatz für die Ernährungs- und Verbraucherbildung ausgezeichnet wurden, wenden sich nun in einem Offenen Brief an den Bundesminister, mit der Bitte, die Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung einzustellen, da diese Forderung zum „derzeitigen Stand kontraproduktiv und evtl. sogar schädlich“ sei.

Alle Expertinnen und Experten und die Fragesteller sind sich einig, dass eine gesunde Ernährung zu den Grundkompetenzen gehört, die auch in den öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu vermitteln sind. Die Verankerung von Ernährungserziehung/-bildung ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in unterschiedlichen Fächern und auch im schulischen Raum außerhalb des Fachunterrichts erfüllt werden muss. Dies spiegelt sich insbesondere in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013 wider, in dem sich die Kultusministerinnen und Kultusminister einstimmig auf den Ausbau der Verbraucherbildung an Schulen geeinigt haben, die insbesondere auch im Bereich Ernährung und Gesundheit stattfinden soll.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage fordert der Bundesminister Christian Schmidt ein Schulfach Ernährung?
2. Unterstützt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, das Vorhaben?
3. Welche Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder unterstützen die Forderung des Bundesministers nach einem eigenen Schulfach Ernährung?
4. Welche Gespräche zum Thema „eigenes Schulfach“ zwischen dem Bundesministerium und den Ländervertreterinnen und Ländervertretern hat es bisher geben?

5. Wird es weitere Gespräche zum Thema „eigenes Schulfach“ zwischen dem Bundesministerium und den Ländervertreterinnen und Ländervertretern geben?
6. Wie bewertet die Bundesregierung den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013 „Verbraucherbildung in Schulen“, nach dem die Verbraucherbildung „in den Unterricht eines oder mehrerer Unterrichtsfächer integriert“ werden soll?
7. Welche Fachabteilung des BMEL, außer der Pressestelle, ist mit der Angelegenheit betraut?
8. Wie hat/wird die Bundesregierung auf den Brief der Ökotrophologinnen Prof. Dr. Ines Heindl und Prof. Dr. Barbara Methfessel, von Dezember 2015 reagiert/reagieren?
9. Welche Unterrichtsmaterialien wurden vom Bundesministerium erstellt und zur Verfügung gestellt?
10. Wie werden die vom Bundesministerium erstellten Unterrichtsmaterialien zum Schulfach Ernährung durch die Länder abgerufen und angefordert (bitte nach Bundesländern und einzelnen Materialien auflisten)?
11. Welche Lehrkräfte sollen das Schulfach „Ernährung“ unterrichten und gibt es aus Sicht der Bundesregierung ausreichend pädagogisches Personal für ein solches Schulfach (bitte nach Bundesländern auflisten)?
12. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Universitäten didaktisch und fachlich auf die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für das Schulfach „Ernährung“ vorbereitet bzw. ausgestattet sind?
13. Wenn das Schulfach „Ernährung“ aus Sicht des Bundesministeriums als eigenes Fach zum allgemeinen Fächerkanon gehören soll, welche Fächer empfiehlt die Bundesregierung dafür zu kürzen?
14. Wie lässt sich die Forderung zur Einrichtung eines zusätzlichen bzw. gesonderten Faches „Ernährung“ mit dem Kooperationsverbot vereinbaren?

Berlin, den 26. Januar 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion